

Aktuelle Post aus dem Kreistag (6)



10. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Kreistagssitzung am 9. Februar 2022 wurde der Haushalt für 2022/2023 eingebracht. Nun beginnen die Lesungen in den Ausschüssen, die Fraktionen erarbeiten ihre Haushaltsanträge und am 4. April 2022 wird der Haushalt beschlossen.

Auch DIE LINKE. Fraktion hat begonnen, ihre Anträge an den Haushalt zu formulieren. Doch wir möchten allen Interessierten auch die Möglichkeit geben, eigene Überlegungen einzubringen. Wenn Ihnen / Euch eine Sache wichtig ist, nehmen Sie / nehmt mit uns Kontakt auf. Vielleicht kann aus Ihrem / eurem Anliegen ein Haushaltsantrag werden.

Mit zwei Anträgen zu Klimafragen ist DIE LINKE. Kreistagsfraktion in diese Kreistagssitzung gegangen. Der Wetteraukreis hat eigene Klimaziele formuliert. Doch die Umsetzung ist zögerlich und dass Klimapolitik auch Sozialpolitik sein muss – das spielt gar keine Rolle. Unsere Anträge zeigen die Handlungsfelder auf. Die beiden Anträge wurden in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie (RUE) überwiesen.

Ab 1. Januar 2022 gelten im Wetteraukreis neue Mietobergrenzen. Das betrifft zwar in erster Linie die Menschen in Grundsicherung. Doch ob es ausreichend bezahlbaren Wohnraum gibt, das betrifft inzwischen auch Normalverdiener:innen. Wir bleiben dran!

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Am 1. Januar 2022 traten neue Mietobergrenzen in Kraft
2. Antrag DIE LINKE.: Klimaziele müssen sozial gestaltet werden
3. Anträge DIE LINKE: Der Wetteraukreis muss bei allen seinen An- und Neubauten dem Klimaschutz Priorität einräumen; Klimaziele müssen sozial gestaltet sein!
4. Anträge der AfD: Corona Spaziergänge, Begrenzung der Flüchtlingseinrichtungen
Gemeinsame Erklärung von SPD, CDU, Grünen, Freie Wähler, DIE LINKE. und FDP
5. Antrag Grüne: Über das Klimaschutzkonzept im Ausschuss berichten!
6. Antrag SPD und CDU zur Kindertagespflege; Änderungsantrag der Grünen
7. Anfragen DIE LINKE.

RÜCKLICHT



Es gibt an der Corona-Politik viel zu kritisieren aber

Mit Nazis geht man nicht spazieren!

DIE LINKE. Kreistagsfraktion und die Linksjugend beteiligten sich an den Gegenkundgebungen zu den derzeitigen Corona-Spaziergängen. Dabei können wir verstehen, dass Menschen gegen die verwirrenden und widersprüchlichen Anordnungen der Regierung auf die Straße gehen. Schwierig wird es, wenn rechte

Gruppen diese Proteste kapern und organisieren und den Unmut der Teilnehmenden für ihre Zwecke instrumentalisieren. Man sollte genau hinsehen, mit wem man demonstriert: Wird gegen Andersdenkende gehetzt, werden rechte Parolen gezeigt oder sind Gewaltandrohungen zu hören, ist man ganz sicher mit den falschen Leuten unterwegs. Man kann gute Argumente für oder gegen eine Impfpflicht haben. Aber wenn die AfD gegen die Impfpflicht demonstriert, wie am 5. Februar in Friedberg, kann man davon ausgehen, dass damit die Volksseele zum Kochen gebracht werden soll. Nachdem die Hetze gegen Geflüchtete nicht mehr zieht, soll jetzt die Impfpflicht Wählerstimmen bringen.

Kein weiterer Raubbau am Grundwasser

Am 22. März ist Weltwassertag. DIE LINKE. will dieses Datum nutzen, um auf die sinkenden Grundwasserspiegel aufmerksam zu machen.

Seit 2004 sinkt im Vogelsberg der Grundwasserspiegel. 44 Millionen Kubikmeter Wasser werden jährlich nach Frankfurt gepumpt. Die Stadt hat nicht nur Durst. Sorglos wird wertvolles Trinkwasser für Toilettenspülungen, für die Straßenreinigung und die Bewässerung von Grünanlagen verschwendet. Das muss endlich aufhören!

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg nennt das Wasser-raubbau. Alle wissen: Wasser ist Leben. Damit die Grundwasserreserven geschützt werden, braucht auch der Wetteraukreis ein Wassermanagement. Dazu hat DIE LINKE. nun einige parlamentarische Initiativen gestartet. Wir werden in der nächsten „Post“ berichten.



Hilfe! Unsere Region trocknet aus!
Seit 2004 sinkt im Vogelsberg der Grundwasserspiegel. 44 Millionen Kubikmeter Wasser werden jährlich nach Frankfurt gepumpt. Die Stadt hat nicht nur Durst. Sorglos wird wertvolles Trinkwasser für Toilettenspülungen, für die Straßenreinigung und die Bewässerung von Grünanlagen verschwendet. Das ist Wasserraub!
Wasser ist Leben! Die Grundwasserreserven müssen endlich geschützt werden!

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Am 1. Januar 2022 traten neue Mietobergrenzen in Kraft

Alle zwei Jahre müssen Mietobergrenzen überarbeitet werden. Dabei sollte auch die gesamte zugrundeliegende Datenbasis neu erhoben werden. Leider ist zu befürchten, dass dies nicht wirklich geschieht. Nur knapp ein Viertel der Daten, die für die Berechnung der Mietobergrenzen herangezogen worden sind, stammten vom freien Wohnungsmarkt. Dagegen wurden 75 Prozent der Daten aus Bestandsmieten abgeleitet. Das sind Wohnungen, die teilweise seit Jahrzehnten bewohnt sind und deshalb weit unter den heutigen Mietpreisen liegen. Frei und beziehbar sind diese Wohnungen nicht.

Der Wetteraukreis wählt diese Berechnungsweise, um seine Zuschüsse zur Miete zu drücken. Die Kreisspitze hat sogar behauptet, es sei nicht nötig, dass die herangezogenen Wohnungen auch frei und beziehbar sein müssten. Das sieht das Bundessozialgericht allerdings anders. Und im Sozialgesetzbuch II ist festgeschrieben, dass eine monatliche Pauschale - wie die Mietobergrenzen - nur dann vorgegeben werden kann, »wenn auf dem örtlichen Wohnungsmarkt ausreichend freier Wohnraum verfügbar ist«.

Die Linke bemängelt weiter die zu geringe Datenbasis. Im Südkreis sind ca. 11.000 Datensätze ausgewertet worden. Damit fallen auch die Berechnungen der Mietobergrenzen stimmiger aus als im Norden oder Osten der Wetterau.

Niemand kann schlüssig erklären, warum heute Mieten in Butzbach, Nidda, Altstadt oder Ortenberg gegenüber 2020 gesunken sein sollen. Und ebenso un schlüssig ist es, wenn es heute in Gedern oder Hirzenhain für eine Zwei- oder Vierzimmerwohnung weniger Zuschuss geben soll als 2005. Das passiert deswegen, weil dort nur 430 Datensätze ausgewertet wurden.

Neu ist, dass seit zwei Jahren auch eine Berechnung der Betriebskosten (außer Heizung) gesetzlich vorgeschrieben ist. Bei deren Ermittlung fallen krasse Unregelmäßigkeiten auf: Da sollen beispielsweise in Karben oder Friedberg fünf Personen weniger verbrauchen als vier. Oder die Betriebskosten sollen in Florstadt oder Wölfersheim niedriger sein als in Kefenrod. Auch hier ist wohl die zu geringe Datenbasis die Fehlerquelle.

Viele Menschen können die explodierenden Mieten kaum noch bezahlen. Das trifft nicht nur Menschen, die soziale Hilfen benötigten, sondern inzwischen auch Normalverdiener:innen. Es wird Zeit, dass der Wetteraukreis mit seiner kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft in die Gänge kommt und bezahlbaren Wohnraum schafft!

Ein Vergleich der Mietobergrenzen des Wetteraukreises seit 2005 ist auf der homepage der Linken Wetterau zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/start/linke-hartz4-hilfe.html>

Antrag DIE LINKE.: Klimaziele müssen sozial gestaltet werden

Klimaschutzmaßnahmen wirken sich auf die Verbraucherpreise aus.

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigt auch:

Der Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppe steigt. Die Armutsquote beträgt

insgesamt 16,1 Prozent, bei Haushalten mit drei oder mehr Kindern 31 Prozent, bei Alleinerziehenden 41 Prozent, bei Arbeitslosen 52 Prozent. Inzwischen ist ein Fünftel der Bevölkerung arm oder von Armut bedroht.

Diese Haushalte sind stark betroffen, wenn Energiepreise steigen. Insbesondere auch deshalb, weil sie meist nur alte, nicht energieeffiziente Elektrogeräte benutzen und sich im Ersatzfall meist nur gebrauchte ältere Modelle wieder beschaffen können. Der Stromverbrauch ist in diesen Haushalten verhältnismäßig hoch.

Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 2014 festgestellt, dass die Regelbedarfe in einer Höhe bemessen sind, die kurz vor der Verfassungswidrigkeit liegen. Das Gericht hat außerdem vorgegeben, eine Anspruchslage für Weißwaren (Kühlschrank, Waschmaschine), Brillen und allgemein für einmalige Bedarfe zu schaffen. Dem ist die Bundesregierung nun nach sieben Jahren nachgekommen und hat so genannte „besondere Bedarfe“ eingeführt – die leider von der Bundesagentur für Arbeit durch interne Anweisungen vollständig ignoriert werden.

Im derzeitigen Regelbedarf wird ein Betrag von knapp 2 Euro monatlich für die Anschaffung eines Kühlschranks oder einer Waschmaschine vorgesehen. Kostet ein solches Gerät 100 Euro (was nur bei gebrauchten Geräten möglich ist), muss immerhin mehr als 4 Jahre angespart werden. Ein neues energieeffizientes Gerät ist damit kaum erschwinglich. Aus Klimaschutzgründen halten wir aber eine energieeffiziente Ersatzbeschaffung für veraltete kaputte Geräte für unvermeidbar.

Ebenso belasten steigende Mobilitätskosten arme Haushalte besonders stark.

Im Regelsatz sind 40,27 Euro monatlich für Verkehr enthalten. Schon von Bad Nauheim bis Friedberg kostet eine Monatskarte für Erwachsene 74,80 Euro. Wer von Nidda anreist bezahlt 144,60 Euro. Und günstigere Jahreskarten können mit diesem Budget auch nicht vorfinanziert werden.

Energiesparen und umweltfreundlich mit dem ÖPNV fahren entlastet die Umwelt. Aber es belastet einkommensschwache Haushalte in besonderem Maße. Eine Klimawende ohne soziale Maßnahmen ist für dieses Fünftel nicht leistbar. Und es ist zynisch davon zu sprechen, dass alle gleichermaßen für das Klima verantwortlich seien.

Wir haben deshalb in den Bereichen energetische Sanierung, Strom, Ersatzbeschaffung bei Weißwaren und Mobilität Vorschläge für soziale Hilfen gemacht. Über weitere Vorschläge, die unsere Ideen übertreffen, würden wir uns freuen.

Hier ist der Antrag zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1426-klimaschutzma%C3%9Fnahmen-sozial-gestalten.html>

Der Antrag wurde mit dem folgenden Antrag gemeinsam beraten:

Antrag DIE LINKE.: Vorrang für Klimaschutzmaßnahmen in kreiseigenen Gebäuden

Wir haben zu den Klimaschutzzielen des Wetteraukreises zahlreiche Fragen gestellt.

In den Antworten zu diesem Fragenkatalog wird dargestellt, dass das letzte Drittel auf dem Weg zur Klimaneutralität schwerer zu erreichen ist, als die bis zum Jahr 2020 erreichten 64,6 Prozent.

Dies erfordert dann folgerichtig einen höheren Einsatz.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1427-vorrang-f%C3%BCr-klimaschutzma%C3%9Fnahmen-in-kreiseigenen-geb%C3%A4uden.html>

Bei einem Anbau oder Neubau müssen zukünftig folgende Punkte Priorität haben:

- Es werden keine Heizungsanlagen mehr installiert, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden.
- Es werden bei An- und Neubauten kreiseigener Gebäude immer PV-Anlagen installiert.
- Es werden getrennte Wasserleitungen eingebaut für Trinkwasser und Brauchwasser (Regenwasser) / bzw. Betriebswasser (Grundwasser, das nicht als Trinkwasser gereinigt und aufgearbeitet wurde).

Die Trennung von Trink- und Brauchwasser mag zwar kostenintensiv sein, ist aber in der Beratung mit Umwelt- und Wasserschutzverbänden - wie der Schutzgemeinschaft Vogelsberg - breiter Konsens. In Anbetracht der Wasserknappheit, die sich durch die Klimakrise weiter verstärken wird, sollte der Kreis hier dem Umweltschutz Priorität einräumen. Zudem werden durch den geringeren Trinkwasserverbrauch Wasserkosten, die perspektivisch steigen werden, gespart.

Diese beiden Anträge zur Klimapolitik des Wetteraukreises wurden in den Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Energie (RUW) überwiesen.

Anträge der AfD: Corona-Spaziergänge, Begrenzung der Flüchtlingseinrichtungen

Zwei Dringlichkeitsanträge beschäftigten sich mit den Montagsspaziergängen.

Der Erste wollte die Anerkennung der Corona-Spaziergänge als verfassungskonforme Meinungsäußerung. Der Zweite verlangte eine Missbilligung, weil der Landrat in Bad Nauheim auf der Gegenkundgebung zu einem Montagsspaziergang gesprochen hat.

Wir haben dazu folgendes gesagt:

Man muss es ja als CDU-ler nicht unbedingt so machen wie der Generalsekretär der CDU Hessen, Manfred Penz. Der hatte eine Meldung der rechten Zeitschrift „Junge Freiheit“ zum Anlass genommen, die Innenministerin Faeser anzugreifen. Faeser hatte in der Zeitung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschist:inn:en) einen Artikel veröffentlicht. Zu so was ist man als CDU-ler nicht verpflichtet.

Wir begrüßen, wenn man es so macht, wie Landrat Weckler. Er hat sich gegen rechts positioniert. Es gibt nämlich zwischen Faschismus und Antifaschismus keine Mitte!

Es ist eine alte Taktik der Rechten: Mit der Einforderung von demokratischen Rechten antidemokratisch zu agieren. Das kann man an der Geschichte der Weimarer Republik gut studieren.

Es gibt viel Kritikpunkte an der Coronapolitik der Bundesregierung. So gab es widersprüchliche

und kontraproduktive Anordnungen. Das Gesundheitswesen wurde kaputt gespart und viel davon privatisiert. Und die Corona-Krise ist eine soziale Krise: Konzerne wurden mit Milliardenbeträgen geboostert – Das einkommensschwache Fünftel der Bevölkerung bekam 150 Euro Corona-Hilfe, obwohl die Lebenshaltungskosten um 5,8 Prozent und die Energiekosten um 38 Prozent gestiegen sind.

Aber bei aller Kritik: Mit Nazis geht man nicht spazieren!

Die Parteien des Kreistags – außer AfD und NPD – unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung zu den Montagsspaziergängen:

Seit zwei Jahren stellt uns die Corona-Pandemie vor große Herausforderungen: Besonders Familien, Kinder und Jugendliche, aber auch ältere Menschen und vulnerable Gruppen sind von den Einschränkungen des täglichen Lebens betroffen. Zudem leiden einzelne Berufsgruppen wie Kulturschaffende, gastronomische Betriebe und der Einzelhandel besonders unter den notwendigen Beschränkungen. In Kliniken und Pflegeheimen gehen Ärztinnen und Ärzte sowie das Gesundheits- und Pflegepersonal derweil täglich bis an ihre Grenzen und darüber hinaus, um an Corona Erkrankten zu helfen und – bei aller Vorsicht – den regulären Betrieb weiter aufrecht zu erhalten. Die Pandemie beeinträchtigt den Alltag von uns allen und verlangt uns viel ab. In dieser Zeit zählen Zusammenhalt, Achtsamkeit und Solidarität, aber auch Nachsicht, Umsicht und Geduld. Denn auch wenn sich nicht jeder bislang beschrittene Weg tatsächlich als zielführend herausstellt, so ist doch klar, dass die Verantwortlichen auf allen Ebenen und mit allen Mitteln versuchen, das Beste zu tun, gesundheitlichen Schaden von den Menschen abzuwenden und dabei Wirtschaft, Handel und Kultur gut durch die Krise zu bringen. Nichtsdestotrotz müssen wir in Politik und Gesellschaft weiter diskutieren und gemeinsam den besten Weg suchen, um möglichst gut und in absehbarer Zeit aus dieser Pandemie herauszukommen.

Dem persönlichen Ärger und Frust über die Corona-Schutzmaßnahmen Luft zu machen und sein Demonstrationsrecht wahrzunehmen, ist Teil unseres demokratischen Diskurses. Für diesen stehen die unterzeichnenden Parteien jederzeit ein. Demokratische Spielregeln mit unangemeldeten „Corona-Spaziergängen“ zu umgehen und Infektionsschutzanordnungen bewusst zu ignorieren, überschreitet die Grenzen des rechtlich zulässigen Verhaltens, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den notwendigen Gesundheitsschutz der Bevölkerung, der ebenso Bestandteil unserer im Grundgesetz verbrieften Rechte ist. Mit Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung hat das nichts mehr zu tun.

Wir, die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen im Wetterauer Kreistag, haben Verständnis für diejenigen, die Fragen zur Schutzimpfung haben, sich immer noch unsicher sind, sich aber durch Einhaltung von Maskenpflicht, Abstands- und Testgeboten solidarisch an der Pandemiebekämpfung beteiligen. Wofür wir kein Verständnis haben ist, dass Demokratiefeinde die Unsicherheit von Menschen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Von daher fordern wir jeden Bürger und jede Bürgerin auf, genau hinzuschauen, mit wem sie bei einer nicht angemeldeten Demonstration „spazieren gehen“ und ob sie die offensichtlich antidemokratischen Werte und unsolidarischen Haltungen der Initiatoren wirklich teilen. Denn hier geht es nicht um Frieden, Freiheit oder gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern um das Gegenteil.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger im Wetteraukreis zum friedlichen Miteinander auf, zu Dialog und Austausch. Wir verurteilen Hass, Hetze und Gewalt und danken der Polizei und den Ordnungsbehörden für ihren Einsatz bei der Pandemiebekämpfung und den umsichtigen Umgang mit unangemeldeten Demonstrationen.

Lassen Sie uns als Bürgerinnen und Bürger des Wetteraukreises weiter zusammenhalten und solidarisch füreinander eintreten!

SPD, CDU, GRÜNE, Freie Wähler, DIE LINKE. und FDP und ihre Fraktionen im Kreistag

AfD: Begrenzung der Flüchtlingsseinrichtungen im Wetteraukreis

Es kommen wieder mehr Geflüchtete nach Deutschland. Das Land Hessen sucht nach Erstaufnahmemöglichkeiten und hat ein Auge auf die Klinkergebäude auf dem Friedberger Kasernengelände geworfen.

Dagegen richtet sich der Angriff der AfD. Sie beantragten, dass man der Landesregierung klar machen soll, dass der Wetteraukreis nicht zwei Erstaufnahmeeinrichtungen will.

Dafür haben sie sich eine etwas konstruierte Begründung ausgedacht: Die Kasernenareale könnten nicht als Wohngebiet entwickelt werden, wenn dort auch Geflüchtete untergebracht sind. Aber in der Debatte wurde ziemlich deutlich: Sie wollen gar keine Flüchtlingsseinrichtung in der Wetterau.

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
es steht also eine gedeihlichen Stadtentwicklung im Wege, wenn in die Klinkergebäude auf dem Friedberger Kasernengelände Geflüchtete einziehen...*

Wie soll man das verstehen?

Dass das Kasernengelände – das sehr viel größer ist als die Klinkerbauten – dann nicht mehr als Stadtteil entwickelt werden kann? Dass man dort keine Wohnungen bauen kann, weil in den bestehenden Gebäuden Geflüchtete wohnen? Das wollen sie uns wirklich erzählen?

Sie verlangen, dass die Geflüchteten aus der Büdinger Kaserne verschwinden sollen, damit planmäßig und zeitnah eine allgemeine Wohnbebauung fortgeführt werden kann.

Wer hindert Revikon, seine „Revitalisierungs- und Entwicklungspläne“ auf dem riesigen Kasernengelände zu realisieren? Und was hindert Friedberg an der Bebauung des Kasernengeländes?

Ich sage Ihnen: NICHTS!

Es sei denn, die sind dort alle so rassistisch wie der Geist, der durch diesen Antrag wabert!!

Anfrage der Grünen: Über Klimaschutzkonzept im Ausschuss berichten

Die Grünen wollen wissen, warum im Kreistag noch nicht über die Angleichung der Wetterauer Klimaschutzziele an die Rechtslage des Bundes berichtet wurde. Und sie verlangen, dass dies bald in einer Ausschusssitzung erfolgen soll.

Wir haben diesem Ansinnen zugestimmt: Es gab im Juli 2021 einen Kreistagsbeschluss, der diese Angleichung der Gesetzeslage an das im September 2020 beschlossene Klimaschutzkonzept forderte.

Eine baldige Berichterstattung wurde nun seitens der Kreisspitze zugesagt.

Anträge der Koalition und der Grünen: Änderung der Satzung Kindertagespflege

Die Koalition aus SPD und CDU will die Entgelte für die Kindertagespflege verbessern.

Auch werden die bezahlten Zeiträume erweitert. Zukünftig sollen auch Randzeiten und Vor- und Nachbereitungszeiten vergütet werden.

Die Grünen wollen nicht pauschal 35 Stunden Betreuung festschreiben, sondern den individuellen Bedarf anerkennen. Denn besonders Menschen im Schichtbetrieb oder arbeitende Alleinerziehende brauchen ein angepasstes Angebot.

Die Anträge werden im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nochmal besprochen, ehe der Kreisausschuss eine neue Satzung ausarbeitet.

Anfragen DIE LINKE.:

Dies sind die aktuellen Anfragen der Fraktion DIE LINKE.:

1. Fragen zum Klimaschutzbericht des Wetteraukreises

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1414-anfragen-zum-klimaschutzbericht-des-wetteraukreises.html>

2. Fragen zur Aktualisierung des „Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen“

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1415-mietobergrenzen-2022-wurden-aktuelle-daten-zugrunde-gelegt-und-wie-viele.html>

3. Fragen zur Nutzerfreundlichkeit des Jobcenters in Coronazeiten

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1416-nutzerfreundlichkeit-des-jobcenter-in-coronazeiten.html>

4. Fragen zur Verschiebung von 4,9 Millionen Euro aus dem Etat des Jobcenters in den Bereich schulische Inklusion:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1417-4,9-millionen-euro-aus-dem-etat-des-jobcenters-verschoben-wie-ist-das-m%C3%B6glich.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber